

ANLAGEBEDINGUNGEN

zur Regelung des Rechtsverhältnisses
zwischen den Anlegern und der

**Solvium Logistic Fund One GmbH & Co. geschlossene InvKG,
Hamburg**

(nachstehend „Gesellschaft“ genannt)

extern verwaltet durch die

ADREALIS Service Kapitalverwaltungs-GmbH, München

(nachstehend „AIF-KVG“ genannt)

für den von der AIF-KVG verwalteten

geschlossenen Publikums-AIF,

die nur in Verbindung mit dem Gesellschaftsvertrag der Gesellschaft gelten.

Anlagegrundsätze und Anlagegrenzen

§ 1 VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Die Gesellschaft darf folgende Vermögensgegenstände erwerben:

1. Beteiligungen an Unternehmen, die nicht zum Handel an einer Börse zugelassen oder in einen organisierten Markt einbezogen sind (§ 261 Abs. 1 Nr. 4 KAGB),
2. Wertpapiere gemäß § 193 KAGB zum Zwecke des Liquiditätsmanagements, welche die Anforderungen des § 253 Abs. 1 Satz 1 Nummer 4 lit. a) KAGB erfüllen,
3. Geldmarktinstrumente gemäß § 194 KAGB zum Zwecke des Liquiditätsmanagements; die Anlage der Gelder kann bis zur Investition festverzinslich und jederzeit kurzfristig verfügbar auf Tagesgeldern erfolgen,
4. Bankguthaben gemäß § 195 KAGB.
5. Derivate gemäß § 261 Abs. 3 KAGB

§ 2 ANLAGEGRENZEN

1. Unternehmensbeteiligungen

- 1.1. Die Gesellschaft wird sich als Gesellschafter im Sinne des § 261 Abs. 1 Nr. 4 KAGB unmittelbar an der Solvium Anteilsverwaltung GmbH, Hamburg, eingetragen beim Amtsgericht Hamburg unter HRB 160084 („Beteiligungsgesellschaft“) beteiligen und 100% der bestehenden Gesellschaftsanteile erwerben. Unternehmensgegenstand der Beteiligungsgesellschaft ist das Verwalten des eigenen Vermögens.
- 1.2. Die Beteiligungsgesellschaft ist an drei bereits bestehenden Unternehmen („Zielunternehmen“) unmittelbar als alleiniger Kommanditist beteiligt. Alle drei Zielunternehmen sind in der Bewirtschaftung von Transportmitteln in jeglicher Form, beispielsweise Containern und Wechselbrücken, tätig. Im Einzelnen handelt es sich dabei um folgende Zielunternehmen:

a) Solvium Container Management GmbH & Co. KG, Hamburg

Gegenstand des Unternehmens der Solvium Container Management GmbH & Co. KG ist die Bewirtschaftung von Transportmitteln aus dem Logistikbereich, insbesondere von Standardcontainern, vor allem durch Erwerb, Anmietung, Vermietung, Verleasung, Instandhaltung und Handel von bzw. mit Transportmitteln, und die Durchführung von Investitionen im Bereich Logistik sowie alle damit jeweils in Zusammenhang stehenden Geschäfte, einschließlich der Beteiligung und der Ausreichung von Finanzierungsmitteln in jeglicher Form an Unternehmen aus dem Logistikbereich.

b) Solvium Wechselkoffer Management GmbH & Co. KG, Hamburg

Gegenstand des Unternehmens der Solvium Wechselkoffer Management GmbH & Co. KG ist die Bewirtschaftung von Transportmitteln aus dem Logistikbereich, insbesondere von Wechselkoffern, vor allem durch Erwerb, Anmietung, Vermietung, Verleasung, Instandhaltung und Handel von bzw. mit Transportmitteln, und die Durchführung von Investitionen im Bereich Logistik sowie alle damit jeweils in Zusammenhang stehenden Geschäfte, einschließlich der Beteiligung und der Ausreichung von Finanzierungsmitteln in jeglicher Form an Unternehmen aus dem Logistikbereich.

c) Solvium Transport & Logistik Management GmbH & Co. KG, Hamburg

Gegenstand des Unternehmens der Solvium Transport & Logistik Management GmbH & Co. KG ist die Bewirtschaftung von Transportmitteln aus dem Bereich der See-, Land- bzw. Schienenlogistik, wie z. B. von Flat Racks, Kühlcontainern, Open Top Containern, anderen Spezialcontainern und Eisenbahnwaggons, insbesondere durch Erwerb, Anmietung, Vermietung, Verleasung, Instandhaltung und Handel von bzw. mit Transportmitteln, und die Durchführung von Investitionen im Bereich Logistik sowie alle damit jeweils in Zusammenhang stehenden Geschäfte, einschließlich der Beteiligung und der Ausreichung von Finanzierungsmitteln in jeglicher Form an Unternehmen aus dem Logistikbereich.

Die Beteiligungsgesellschaft kann sich an weiteren Zielunternehmen beteiligen, wobei die folgenden Investitionskriterien maßgebend sind:

- a) Unternehmensgegenstand der Zielunternehmen: Bewirtschaftung, insbesondere der direkte oder indirekte Erwerb, die Anmietung, die Vermietung, die Verleasung, die Instandhaltung und der Handel von bzw. mit Transportmitteln und die Durchführung von Investitionen im Bereich Logistik, einschließlich der Beteiligung und der Ausreichung von Finanzierungsmitteln in jeglicher Form an Unternehmen aus dem Logistikbereich; Transportmittel sind beispielsweise:
 - i. Standardcontainer
 - ii. Wechselkoffer
 - iii. Spezialcontainer
 - iv. Eisenbahnwaggons
- b) Zustand der Ausrüstungsgegenstände gemäß Buchst. a):
 - i. Neu (ungebraucht)
 - ii. Jung (bereits bis zu 18 Monate genutzt)
 - iii. Gebraucht (bereits mehr als 18 Monate genutzt)
- c) Rechtsform der Zielunternehmen:
 - i. Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH) bzw. entsprechende Rechtsform nach ausländischem Recht
 - ii. Kommanditgesellschaft (KG) bzw. entsprechende Rechtsform nach ausländischem Recht
- d) Die Zielunternehmen sind zur Umsetzung ihres jeweiligen Unternehmensgegenstandes operativ tätig.
- e) Domizilierung der Zielunternehmen: Europäische Union
- f) Währung: EUR
- g) Das Mindestinvestitionsvolumen für Beteiligungen an weiteren Zielunternehmen beträgt EUR 1.000.000.
- h) Die Bilanzsumme des Zielunternehmens beträgt mindestens EUR 1.000.000.
- i) Gründungszeitpunkt der Zielunternehmen: Die Beteiligung an erst kurz vor Erwerb gegründeten Zielunternehmen bzw. an Neugründungen ist zulässig. In diesem Fall handelt es sich abweichend von Punkt h) um eine geplante Bilanzsumme, die mindestens EUR 1.000.000 beträgt. (ein Mindestzeitraum zwischen Gründung eines Zielunternehmens und Zeitpunkt der Beteiligung der Gesellschaft besteht nicht). In diesem Fall wird die Beteiligungsgesellschaft eine Mehrheitsbeteiligung in Höhe von mindestens 50,1 % erwerben.

2. Die Gesellschaft wird nach dem Grundsatz der Risikomischung investieren und sicherstellen, dass mindestens 60 % des für Investitionen zur Verfügung stehenden Kapital in Unternehmensbeteiligung der unter Ziffer 1.2 definierten Zielunternehmen investiert wird.

Die verbleibenden bis zu 40% können in Vermögensgegenstände investiert werden, die grundsätzlich für die Gesellschaft erwerbbar sind.

3. Nach vollständiger Investition dürfen für Zwecke des Liquiditätsmanagements bis zu 20 % des zu investierten Kapitals in Vermögensgegenstände gemäß § 1 Ziffer 2 bis 4 investiert sein.

Abweichend hiervon kann die Gesellschaft für einen Zeitraum von maximal zwei Jahren ab Beginn des Vertriebs (Investitionsphase) bis zu 100 % des Wertes der Gesellschaft in Bankguthaben halten, um es entsprechend diesen Anlagebedingungen zu investieren. Die Dauer der Investitionsphase kann durch Beschluss der Gesellschafter mit 75 % der abgegebenen Stimmen um weitere zwölf Monate verlängert werden.

4. Die Gesellschaft kann im Rahmen der Liquidation bis zu 100 % des Wertes der Gesellschaft in Bankguthaben halten.
5. Reinvestitionen sind möglich. Die Anlagegrenzen gemäß § 2 Ziff. 1 und 2 müssen mit Abschluss der Investitionsphase erfüllt sein. Die Gesellschaft kann für einen Zeitraum von bis zu zwölf Monaten bis zu 100 % des Investmentvermögens in Bankguthaben halten, um es entsprechend der Anlagestrategie erneut zu investieren. Die Dauer gemäß vorstehendem Satz kann durch Beschluss der Gesellschafter mit 50,1 % der abgegebenen Stimmen um weitere zwölf Monate verlängert werden.
6. Fondswährung der Gesellschaft ist Euro (EUR).

Falls die Beteiligungen an den Zielunternehmen gemäß § 2 Ziff. 1 nicht erfolgen kann, haben die Anleger gemäß § 8 des Gesellschaftsvertrages der Gesellschaft die Möglichkeit darüber zu entscheiden, ob der Gesellschaftsvertrag und/oder die Anlagebedingungen geändert werden sollen oder die Gesellschaft aufgelöst werden soll. Eine Änderung der Anlagebedingungen bedarf der Genehmigung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin).

§ 3 WÄHRUNGSRIKIKEN

Die Vermögensgegenstände der Gesellschaft dürfen nur insoweit einem Währungsrisiko unterliegen, als der Wert der einem solchen Risiko unterliegenden Vermögensgegenstände 30 % des aggregierten eingebrachten Kapitals und noch nicht eingeforderten zugesagten Kapitals der Gesellschaft, berechnet auf der Grundlage der Beträge, die nach Abzug sämtlicher direkt und indirekt von den Anlegern getragener Gebühren, Kosten und Aufwendungen für Anlagen zur Verfügung stehen, nicht übersteigt.

§ 4 LEVERAGE UND BELASTUNGEN

1. Eine Kreditaufnahme ist konzeptionell nicht vorgesehen. Die Gesellschaft darf dennoch Kredite bis zur Höhe von 150 % des aggregierten eingebrachten Kapitals und noch nicht eingeforderten zugesagten Kapitals der Gesellschaft, berechnet auf der Grundlage der Beträge, die nach Abzug sämtlicher direkt oder indirekt von den Anlegern getragener Gebühren, Kosten und Aufwendungen für Anlagen zur Verfügung stehen, aufnehmen, wenn die Bedingungen der Kreditaufnahme marktüblich sind.
2. Die Belastung von Vermögensgegenständen, die zur Gesellschaft gehören, sowie die Abtretung und Belastung von Forderungen aus Rechtsverhältnissen, die sich auf diese Vermögensgegenstände beziehen, sind zulässig, wenn dies mit einer

ordnungsgemäßen Wirtschaftsführung vereinbar ist und die Verwahrstelle den vorgenannten Maßnahmen zustimmt, weil sie die Bedingungen, unter denen die Maßnahmen erfolgen sollen, für marktüblich erachtet. Zudem darf die Belastung insgesamt 150 % des aggregierten eingebrachten Kapitals und noch nicht eingeforderten zugesagten Kapitals der Gesellschaft, berechnet auf der Grundlage der Beträge, die nach Abzug sämtlicher direkt oder indirekt von den Anlegern getragener Gebühren, Kosten und Aufwendungen für Anlagen zur Verfügung stehen, nicht überschreiten.

3. Die vorstehenden Grenzen für die Kreditaufnahme und die Belastung gelten nicht während der Dauer des erstmaligen Vertriebs der Gesellschaft, längstens jedoch für einen Zeitraum von 18 Monaten ab Beginn des Vertriebs.

§ 5 DERIVATE

Geschäfte, die Derivate zum Gegenstand haben (§ 1 Ziff. 5), dürfen nur zur Absicherung der von der Gesellschaft gehaltenen Vermögensgegenstände gegen einen Wertverlust getätigt werden.

Anteilklassen

§ 6 ANTEILKLASSEN

Alle Anteile haben gleiche Ausgestaltungsmerkmale. Verschiedene Anteilklassen gemäß § 149 Abs. 2 i. V. m. § 96 Abs. 1 KAGB werden nicht gebildet.

Ausgabepreis und Kosten

§ 7 AUSGABEPREIS, AUSGABEAUFSCHLAG, INITIALKOSTEN

1. **Ausgabepreis**
Der Ausgabepreis für einen Anleger entspricht der Summe aus seiner gezeichneten Kommanditeinlage in die Gesellschaft und dem Ausgabeaufschlag. Die gezeichnete Kommanditeinlage beträgt für jeden Anleger mindestens 5.000 Euro. Höhere Summen müssen ohne Rest durch 1.000 teilbar sein.
2. **Summe aus Ausgabeaufschlag und Initialkosten**
Die Summe aus dem Ausgabeaufschlag und den während der Beitrittsphase anfallenden Initialkosten beträgt maximal 13,0 % des Ausgabepreises. Dies entspricht maximal 13,6 % der gezeichneten Kommanditeinlage.
3. **Ausgabeaufschlag**
Der Ausgabeaufschlag beträgt 5,00 % der gezeichneten Kommanditeinlage. Es steht der AIF-KVG frei, einen niedrigeren Ausgabeaufschlag zu erheben.
4. **Initialkosten**
Neben dem Ausgabeaufschlag werden der Gesellschaft in der Beitrittsphase einmalige Kosten (Initialkosten) in Höhe von bis zu 8,6 % der gezeichneten Kommanditeinlage belastet. Die Initialkosten sind nach Einzahlung der jeweiligen Einlage des einzelnen Anlegers und Ablauf der jeweiligen Widerrufsfrist fällig.

5. Steuern

- a. Die Beträge berücksichtigen die aktuellen Umsatzsteuersätze. Bei einer Änderung des gesetzlichen Umsatzsteuersatzes werden die genannten Bruttobeträge bzw. Prozentsätze entsprechend angepasst.
- b. Sollten einzelne der in diesem § 7 dargestellten Leistungen von der Umsatzsteuer befreit sein oder werden, so bleiben die von der Gesellschaft zu zahlenden Beträge unberührt.

6. Kapitaleinzahlung

Mit Beitritt der Anleger zur Gesellschaft sind 100 % des gezeichneten Kapitals (zuzüglich Ausgabeaufschlag) zur Zahlung fällig.

§ 8 LAUFENDE KOSTEN

1. Summe aller laufenden Vergütungen

Die Summe aller laufenden Vergütungen an die AIF-KVG, an Gesellschafter der AIF-KVG (vorliegend nicht einschlägig) oder der Gesellschaft sowie an Dritte gemäß den nachstehenden Ziffern 2 bis 3 kann jährlich insgesamt bis zu 1,02 % der Bemessungsgrundlage im jeweiligen Geschäftsjahr betragen. Neben der laufenden Vergütung können durch die AIF-KVG Transaktionsvergütungen nach Ziffer 7 und eine erfolgsabhängige Vergütung nach Ziffer 8 berechnet werden.

2. Bemessungsgrundlage

Als Bemessungsgrundlage für die Berechnung der laufenden Vergütungen gilt der durchschnittliche Nettoinventarwert der Gesellschaft im jeweiligen Geschäftsjahr. Wird der Nettoinventarwert nur einmal jährlich ermittelt, wird für die Berechnung des Durchschnitts der Wert am Anfang und am Ende des Geschäftsjahres zugrunde gelegt.

3. Vergütungen, die an die AIF-KVG und an bestimmte Gesellschafter zu zahlen sind:

- a. Die AIF-KVG erhält für die Verwaltung der Gesellschaft eine Vergütung in Höhe von jährlich bis zu 0,66 % der Bemessungsgrundlage, in den ersten zwei Jahren ab der Auflage mindestens jedoch 117.810 EUR. In dieser Vergütung enthalten ist für die Übernahme der Anlegerverwaltung, der Fondsbuchhaltung und der Rechnungslegung eine Vergütung von jährlich bis zu 0,24 % der Bemessungsgrundlage. Die AIF-KVG ist berechtigt, auf die jährliche Vergütung monatlich anteilige Vorschüsse (Abschlagszahlungen) nach Ende eines Monats in Höhe von je 1/12 von bis zu 0,66% der auf Basis der jeweils aktuellen Planzahlen ermittelten Bemessungsgrundlage bzw. auf Basis des Mindestvergütungsanspruches zu erheben, sofern und soweit die Gesellschaft über ausreichend Liquidität verfügt. Mögliche Überzahlungen sind nach Feststellung des tatsächlichen Nettoinventarwerts auszugleichen.
- b. Die persönlich haftende Gesellschafterin der Gesellschaft erhält als Entgelt für ihre Haftungsübernahme eine jährliche Vergütung in Höhe von insgesamt bis zu 0,12 % der Bemessungsgrundlage im jeweiligen Geschäftsjahr, in den ersten zwei Jahren ab der Auflage mindestens jedoch 26.775 EUR. Die persönlich haftende Gesellschafterin ist berechtigt, auf die vorgenannte Vergütung jeweils monatlich am Ende eines Monats anteilige Vorschüsse auf Basis der jeweils aktuellen Planzahlen zu erheben. Mögliche Überzahlungen sind nach Feststellung des tatsächlichen Nettoinventarwerts auszugleichen.
- c. Die geschäftsführende Kommanditistin der Gesellschaft erhält als Entgelt für ihre Geschäftsführungstätigkeit eine jährliche Vergütung in Höhe von insgesamt bis zu 0,12 % der Bemessungsgrundlage im jeweiligen Geschäftsjahr, in den ersten zwei Jahren ab der Auflage mindestens jedoch

26.775 EUR. Die geschäftsführende Kommanditistin ist berechtigt, auf die vorgenannte Vergütung jeweils monatlich am Ende eines Monats anteilige Vorschüsse auf Basis der jeweils aktuellen Planzahlen zu erheben. Mögliche Überzahlungen sind nach Feststellung des tatsächlichen Nettoinventarwerts auszugleichen.

- d. Die Treuhandkommanditistin XOLARIS Solution GmbH erhält für ihre Verwaltungstätigkeiten, die sie allen Anlegern einschließlich den Direktkommanditisten gegenüber erbringt, eine jährliche Vergütung in Höhe von bis zu 0,12 % der Bemessungsgrundlage im jeweiligen Geschäftsjahr. Die Treuhandkommanditistin ist berechtigt, auf die vorgenannte Vergütung jeweils monatlich am Ende eines Monats anteilige Vorschüsse auf Basis der jeweils aktuellen Planzahlen zu erheben werden. Mögliche Überzahlungen sind nach Feststellung des tatsächlichen Nettoinventarwerts auszugleichen.

4. Verwahrstellenvergütung

Die jährliche Vergütung für die Verwahrstelle beträgt bis zu 0,0714 % der Bemessungsgrundlage nach Ziffer 2 im jeweiligen Geschäftsjahr, mindestens jedoch 42.840 EUR. Die Verwahrstelle kann hierauf quartalsweise am Ende eines Quartals anteilige Vorschüsse auf Basis der jeweils aktuellen Planzahlen erhalten. Mögliche Überzahlungen sind nach Feststellung der tatsächlichen Bemessungsgrundlage auszugleichen. Die Verwahrstelle kann nach Maßgabe der im Verwahrstellenvertrag getroffenen Bestimmungen der Gesellschaft zudem Aufwendungen in Rechnung stellen, die ihr im Rahmen der Eigentumsverifikation oder der Überprüfung der Ankaufsbewertung durch die Einholung externer Gutachten entstehen.

5. Aufwendungen, die zu Lasten der Gesellschaft gehen

Folgende Kosten einschließlich darauf ggf. entfallender Steuern hat die Gesellschaft zu tragen:

- i. Kosten für die externen Bewerter für die Bewertung der Vermögensgegenstände gem. §§ 261, 271 KAGB;
- ii. Bankübliche Depotkosten außerhalb der Verwahrstelle;
- iii. Kosten für Geldkonten und Zahlungsverkehr;
- iv. Aufwendungen für die Beschaffung von Fremdkapital, insbesondere an Dritte gezahlte Zinsen;
- v. Kosten für die Prüfung der Gesellschaft durch deren Abschlussprüfer;
- vi. Von Dritten in Rechnung gestellte Kosten für die Geltendmachung und Durchsetzung von Rechtsansprüchen der Gesellschaft sowie der Abwehr von gegen die Gesellschaft erhobenen Ansprüchen;
- vii. Gebühren und Kosten, die von staatlichen und anderen öffentlichen Stellen in Bezug auf die Gesellschaft erhoben werden;
- viii. Ab Zulassung der Gesellschaft zum Vertrieb entstandene Kosten für Rechts- und Steuerberatung im Hinblick auf die Gesellschaft und ihre Vermögensgegenstände (einschließlich steuerrechtlicher Bescheinigungen), die von externen Rechts- oder Steuerberatern in Rechnung gestellt werden;
- ix. Kosten für die Beauftragung von Stimmrechtsbevollmächtigten, soweit diese gesetzlich erforderlich sind;
- x. Angemessene Kosten für Gesellschafterversammlungen;
- xi. Steuern und Abgaben, die die Gesellschaft schuldet;
- xii. Angemessene Kosten für einen Beirat.

6. Vergütungen auf Ebene der Zielunternehmen und Beteiligungsgesellschaft

Auf Ebene der Beteiligungsgesellschaft und der Zielunternehmen fallen Vergütungen, etwa für deren Organe und Geschäftsleiter, und weitere Kosten an. Diese werden nicht unmittelbar der Gesellschaft in Rechnung gestellt, wirken sich aber gegebenenfalls mittelbar über die Reduzierung der durch die Gesellschaft von den Zielunternehmen erzielbaren Mittelrückflüsse und den Wert der Zielunternehmen und der Beteiligungsgesellschaft auf den Nettoinventarwert der Gesellschaft aus.

7. Transaktionsgebühren sowie Transaktions- und Investitionskosten
 - a. Transaktionsgebühren für die AIF-KVG für den Erwerb oder die Veräußerung von Vermögensgegenständen nach § 1 der Anlagebedingungen fallen nicht an.
 - b. Der Gesellschaft werden ausschließlich die im Zusammenhang mit dem Erwerb oder der Veräußerung von Vermögensgegenständen nach § 1 der Anlagebedingungen stehenden Kosten Dritter belastet. Diese Aufwendungen einschließlich der in diesem Zusammenhang anfallenden Steuern können der Gesellschaft unabhängig vom tatsächlichen Zustandekommen des Geschäfts belastet werden.

8. Erfolgsabhängige Vergütung

Die AIF-KVG hat Anspruch auf eine zusätzliche erfolgsabhängige Vergütung, wenn zum Berechnungszeitpunkt folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

- a. Die Anleger haben Auszahlungen in Höhe ihrer geleisteten Einlagen erhalten, wobei die Haftsumme erst im Rahmen der Liquidation ausgekehrt wird,
- b. Die Anleger haben darüber hinaus Auszahlungen in Höhe einer durchschnittlichen jährlichen Verzinsung von 4,56 % bezogen auf ihre geleisteten Einlagen für den Zeitraum ab dem Monatsultimo der Einzahlung ihrer Einlage bis zum Berechnungszeitpunkt erhalten.

Danach besteht ein Anspruch auf erfolgsabhängige Vergütung für die AIF-KVG in Höhe von 80 % aller weiteren Auszahlungen aus Gewinnen der Gesellschaft. Der jeweilige Anspruch auf erfolgsabhängige Vergütung wird jeweils zum Ende eines Geschäftsjahres, spätestens nach der Veräußerung aller Vermögensgegenstände, zur Zahlung fällig. Im Rahmen der Ermittlung der erfolgsabhängigen Vergütung werden Steuern, die nicht auf Gesellschaftsebene anfallen, sondern die die einzelnen Anleger unabhängig von ihren sonstigen persönlichen Verhältnissen schulden, die aber von der Gesellschaft für alle Anleger gemeinsam gezahlt worden sind, Auszahlungen gleichgestellt.

9. Sonstige vom Anleger zu leistende Zahlungen und zu entrichtende Kosten
 - a. Der Anleger hat im Falle einer Beendigung des Treuhandvertrags mit der Treuhandkommanditistin und einer eigenen Eintragung als Kommanditist die dadurch entstehenden Notargebühren und Registerkosten selbst zu tragen. Zahlungsverpflichtungen gegenüber der AIF-KVG oder der Gesellschaft entstehen ihm aus diesem Anlass nicht.
 - b. Bei vorzeitigem Ausscheiden aus der Gesellschaft oder Veräußerung eines Anteils auf dem Zweitmarkt kann die AIF-KVG vom Anleger Erstattung für notwendige Auslagen in nachgewiesener Höhe, jedoch nicht mehr als 0,50 % des Anteilwertes verlangen.

10. Steuern

- c. Die Beträge berücksichtigen die aktuellen Umsatzsteuersätze in Deutschland. Bei einer Änderung des gesetzlichen Umsatzsteuersatzes werden die genannten Bruttobeträge bzw. Prozentsätze entsprechend angepasst.

- d. Sollten einzelne der dargestellten Leistungen von der Umsatzsteuer befreit sein oder werden, so bleiben die von der Gesellschaft zu zahlenden Beträge unberührt.

Ertragsverwendung, Geschäftsjahr, Dauer und Berichte

§ 9 AUSSCHÜTTUNG

Die verfügbare Liquidität der Gesellschaft soll an die Anleger ausgezahlt werden, soweit sie nicht nach Auffassung der AIF-KVG als angemessene Liquiditätsreserve zur Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Fortführung der Geschäfte der Gesellschaft bzw. zur Erfüllung von Zahlungsverbindlichkeiten oder zur Substanzerhaltung bei der Gesellschaft benötigt wird. Die Höhe der Auszahlungen kann variieren. Es kann jeweils zur Aussetzung der Auszahlungen kommen.

§ 10 GESCHÄFTSJAHR UND BERICHTE

1. Das Geschäftsjahr der Gesellschaft beginnt am 1. Januar und endet am 31. Dezember des Jahres. Das erste Geschäftsjahr ist ein Rumpfgeschäftsjahr, das am 31. Dezember 2020 endet.

Die Gesellschaft ist entsprechend dem Gesellschaftsvertrag der Gesellschaft grundsätzlich bis zum 31.12.2026 befristet (Grundlaufzeit). Sie wird nach Ablauf dieser Grundlaufzeit aufgelöst und abgewickelt (liquidiert), es sei denn die Gesellschafter beschließen mit der im Gesellschaftsvertrag hierfür vorgesehenen Stimmenmehrheit in Höhe von 50 % der abgegebenen Stimmen eine Verlängerung der Grundlaufzeit einmalig oder in mehreren Schritten um insgesamt bis zu 2 Jahre. Zulässige Gründe für eine Verlängerung(en) der Grundlaufzeit sind:

- die Anteile an der Beteiligungsgesellschaft oder an den Zielunternehmen bzw. an deren unmittelbaren Beteiligungen sind aufgrund veränderter Marktbedingungen oder geänderten vertraglichen Gegebenheiten der Beteiligungsgesellschaft, der Zielunternehmen bzw. deren unmittelbaren Beteiligungen noch nicht verkauft und die Beteiligungsgesellschaft oder ein Zielunternehmen noch nicht abschließend liquidiert, so dass die Gesellschaft ihre Anteile nicht liquidieren kann;
- die zu erwartenden Erträge aus der Liquidation der Anteile an der Beteiligungsgesellschaft oder an den Zielunternehmen, bzw. der entsprechenden unmittelbaren Beteiligungen der Zielunternehmen, die u.a. abhängig von der Ertragskraft der bestehenden Vermögenswerte und damit von der zum Zeitpunkt der Veräußerung am Markt bestehenden Nachfrage sind, entsprechen nicht den Erwartungen der Gesellschafter;
- eine Wertsteigerung der unmittelbaren oder mittelbar gehaltenen Beteiligungen an den Zielunternehmen sowie deren unmittelbaren Beteiligungen wird während der Verlängerung erwartet.

Während der Grundlaufzeit und im Fall der Verlängerung(en) sind ordentliche Kündigungsrechte ausgeschlossen.

2. Im Rahmen der Liquidation der Gesellschaft werden die laufenden Geschäfte beendet, etwaige noch offene Forderungen der Gesellschaft eingezogen, das übrige Vermögen in Bankguthaben umgesetzt und etwaige verbliebene Verbindlichkeiten der

Gesellschaft beglichen. Ein nach Abschluss der Liquidation verbleibendes Vermögen der Gesellschaft wird nach den Regeln des Gesellschaftsvertrages und den anwendbaren handelsrechtlichen Vorschriften verteilt.

3. Spätestens sechs Monate nach Ablauf des Geschäftsjahres der Gesellschaft erstellt die Gesellschaft einen Jahresbericht gemäß § 158 KAGB in Verbindung mit § 135 KAGB, auch in Verbindung mit § 101 Abs. 2 KAGB. Für den Fall einer Beteiligung nach § 261 Abs. 1 Nr. 4 KAGB sind die in § 148 Abs. 2 KAGB genannten Angaben im Anhang des Jahresberichtes zu machen.
4. Der Jahresbericht ist bei den im Verkaufsprospekt und in den wesentlichen Anlegerinformationen angegebenen Stellen erhältlich; er wird ferner im Bundesanzeiger bekannt gemacht.

§ 11 VERWAHRSTELLE

1. Für die Gesellschaft wird eine Verwahrstelle gemäß § 80 KAGB beauftragt; die Verwahrstelle handelt unabhängig von der AIF-KVG und ausschließlich im Interesse der Gesellschaft und ihrer Anleger.
2. Die Aufgaben und Pflichten der Verwahrstelle richten sich nach dem Verwahrstellenvertrag, nach dem KAGB und den Anlagebedingungen.
3. Die Verwahrstelle kann Verwahraufgaben nach Maßgabe des § 82 KAGB auf ein anderes Unternehmen (Unterverwahrer) auslagern.
4. Die Verwahrstelle haftet gegenüber der Gesellschaft oder gegenüber den Anlegern für das Abhandenkommen eines verwahrten Finanzinstrumentes im Sinne des § 81 Absatz 1 Nr. 1 KAGB (Finanzinstrument) durch die Verwahrstelle oder durch einen Unterverwahrer, dem die Verwahrung von Finanzinstrumenten nach § 82 Absatz 1 KAGB übertragen wurde. Die Verwahrstelle haftet nicht, wenn sie nachweisen kann, dass das Abhandenkommen auf äußere Ereignisse zurückzuführen ist, deren Konsequenzen trotz aller angemessenen Gegenmaßnahmen unabwendbar waren. Weitergehende Ansprüche, die sich aus den Vorschriften des bürgerlichen Rechts auf Grund von Verträgen oder unerlaubten Handlungen ergeben, bleiben unberührt. Die Verwahrstelle haftet auch gegenüber der Gesellschaft oder den Anlegern für sämtliche sonstigen Verluste, die diese dadurch erleiden, dass die Verwahrstelle fahrlässig oder vorsätzlich ihre Verpflichtungen nach den Vorschriften des KAGB nicht erfüllt. Die Haftung der Verwahrstelle bleibt von einer etwaigen Übertragung der Verwahraufgaben nach Ziff. 3 unberührt.

§ 12 WECHSEL DER KAPITALVERWALTUNGSGESELLSCHAFT UND DER VERWAHRSTELLE

1. Die AIF-KVG kann das Verwaltungs- und Verfügungsrecht über die Gesellschaft auf eine andere Kapitalverwaltungsgesellschaft übertragen. Die Übertragung bedarf der vorherigen Genehmigung durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht.
2. Die Gesellschaft kann gemäß § 154 Abs.2 Nr. 1 KAGB eine andere externe Kapitalverwaltungsgesellschaft benennen oder sich in eine intern verwaltete geschlossene Investmentkommanditgesellschaft umwandeln. Dies bedarf jeweils der vorherigen Genehmigung durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht.

3. Die Verwahrstelle für die Gesellschaft kann gewechselt werden. Der Wechsel bedarf der Genehmigung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht.

Stand: 24.09.2020